

ent befehl. amfimal. Musfr. Gratis-Wochenchriften: „Der Westbiegel“, „Mödenbiegel“, „Sächsische Rundschau“, „Sportbiegel“, „ULK“, „Haus des Garten“, ...



Interessanten und Abonnements-Kennzeichen in Groß-Berlin: Sommerpension SW. 19, ...

Berliner Tageblatt

Nr. 552 Ausgabe für Berlin

und Handels-Zeitung

52. Jahrgang Freitag, 30. November 1923

Ein Reichskabinett Marx-Strefemann.

Die Konstituierung des neuen Ministeriums unmittelbar vor dem Abschluß.

Die vorläufige Ministerliste.

Ein Kabinett der Mitte.

Stegerwalds Bericht.

Berlin, 29. November. (W. I. B.)

Der Abgeordnete Stegerwald hat dem Reichspräsidenten mitgeteilt, daß er den Auftrag zur Kabinetsbildung nicht übernehmen könne, weil ein Kabinett nach seiner Überlegung zurzeit nicht möglich sei...

Eberts Antwort an die Deutschnationalen.

Auf den Brief der deutschnationalen Reichstagsfraktion an den Reichspräsidenten, in dem sie ihn vorwarf, daß er entgegen parlamentarischen Gebrauch nicht erst die Führer der Oppositionsparteien mit der Bildung des Kabinetts beauftragt habe, hat der Reichspräsident mit folgendem Schreiben geantwortet:

„Sehr geehrte Excellenz! In Erwiderung Ihres heutigen Schreibens muß ich zunächst darauf aufmerksam machen, daß die Reichsverfassung die Berufung des Mannes, der die Reichsregierung bilden und leiten soll, meiner freien Entscheidung überläßt. In Ausübung dieses mir verfassungsmäßig zustehenden Rechtes habe ich bisher mit der Bildung einer neuen Regierung stets eine Persönlichkeit betraut, deren politische Stellung die meiste Aussicht auf eine schnelle Zusammenstellung eines arbeitskräftigen Kabinetts zu bieten schien; diesen Weg bin ich auch in der gegenwärtigen Krise gegangen.“

Wenn ich davon abgesehen habe, eine der beiden Oppositionsparteien mit der Neubildung der Regierung zu betrauen, so geschah das, weil ich durch meine vertrauliche Aussprache mit den Führern der Reichstagsfraktionen am Abend des 23. d. M. zu der Überzeugung kommen mußte, daß für keine der beiden Oppositionsparteien die Möglichkeit der Bildung einer Regierung auf verfassungsmäßiger Grundlage vorhanden war. Außerdem habe ich aus der Besprechung mit Eurer Excellenz am Freitagabend den Eindruck gewonnen, daß die Fraktion der Deutschnationalen Volkspartei keinen entscheidenden Wert auf die Führung bei der Regierungsbildung legte, vielmehr mit der Kanzlerschaft eines Mitgliedes der Deutschen Volkspartei oder des Zentrums einverstanden war.

In obigen darf ich ausdrücklich darauf hinweisen, daß ich mit Herrn Abgeordneten v. Kardorff, der mir von den Fraktionsleitungen der Deutschen Volkspartei, des Zentrums und der Demokraten für die Regierungsbildung in Vorschlag gebracht worden war, übereingekommen war, der Fraktion der Deutschnationalen Volkspartei zwei wichtige Ressorts zur Besetzung durch Männer ihres Vertrauens anzubieten.

Die Auffassung, daß jede hinausgezögerte einer Kabinettsbildung die Interessen des Reiches schädigt, teile ich durchaus; nachdem mein Versuch, ein überparteiliches Kabinett, das von allen bürgerlichen Parteien getragen werden sollte, zu berufen, mißlungen war, habe ich alles getan, was in meiner Möglichkeit lag, um die im Reichstag geführten Verhandlungsverhandlungen der bürgerlichen Parteien zu beschleunigen. Diese Verhandlungen sind, wie Sie wissen, gescheitert, darauf habe ich heute nachmittag Herrn Reichstagsabgeordneten, Senatspräsidenten Marx, mit der Bildung einer Regierung beauftragt, die von den Mittelparteien getragen wird.

In auszeichneter Hochachtung gez. Ebert Reichspräsident.“ (Siehe auch Seite 3.)

Die Arbeitszeit im Ruhrbergbau.

Eine Stunde Mehrarbeit zur Steigerung der Produktion.

Um eine baldige Wiederaufnahme der Arbeit im Ruhrbergbau zu ermöglichen, und um durch reichlichere und billigere Versorgung der Wirtschaft mit deutscher Steinkohle der Arbeitslosigkeit zu flüchten und den Kohlenmangel zu beheben, haben die Vertreter des Zechenverbandes und der Gewerkschaften im Reichsarbeitsministerium die Vereinbarung getroffen, daß im Ruhrbergbau die Arbeiter unter 2 Tage, sowie die mit der Förderung unmittelbar zusammenhängenden Arbeiter über 2 Tage im Anschluß an die regelmäßige Schicht eine Stunde Mehrarbeit leisten.

Marx.

Die Aufgaben des neuen Reichskabinetts.

Von Erich Dombrowski.

Die Kabinettsliste ist beendet. Habemus pacem. Wir haben wieder einen Reichszanler. Acht Tage hat das Interregnum gedauert. Acht Tage hat die parlamentarische Krise gewährt. Wechselvolle Bilder huchten an unser Auge vorüber. Meist unerfreuliche. Einzelne Parteien haben sich demaskiert. Der Rücktritt Dr. Strefemann vom Kanzleramt fittete die nach allen Seiten ausanderstehende Deutsche Volkspartei wieder zusammen. Als Herr v. Kardorff als erster Mann vom Reichspräsidenten mit der Kabinettsbildung beauftragt wurde, hielt seine Partei ein wenig schönes Scherzgericht über ihn, und in der ersten Debatte fiel das Wort: Wir sind die Fraktion der gegenseitigen Geringachtung. Kurz, Kardorffs Mission scheiterte an dem Widerstand seiner eigenen Parteifreunde. In der Sozialdemokratie, die Dr. Strefemann vordem geliebt und dem anfangs der Reichstagskampfs das Feld geräumt hatte, herrschte die Kammer. Der eine Flügel zog herhin, der andere dahin. Die deutschnationalen witterten Morgenluft und waren in den interfraktionellen Vorbesprechungen, die dann begannen, als nach dem Zwischenfall Dr. Marx Herr Stegerwald sich um die Kabinettsbildung bemühte, zu dem weitestgehenden Zugeständnissen bereit, nur um erst einmal in Regierungsgeschäft hineinzukommen. Die Unentwegenen, die Demagogen wider alles, was in Weimar beschlossen war, um den zusammengebrochenen deutschen Staat wieder aufzurichten, wollten die republikanische Verfassung als nun einmal gegebene Staatsform anerkennen, den Verfallter Friedensvertrag respektieren, eine daraus abgeleitete Außenpolitik betreiben, alle illegalen Verbände bekämpfen, und in der Rhein- und Ruhrfrage keine Katastrophenspolitik treiben. Nur eine kleine Gegenforderung machten sie geltend: die Auflösung der großen Koalition in Preußen. Dort sollten die drei sozialdemokratischen Minister aus Amt und Würden gedrängt werden, und die Deutschnationalen wollten ihnen dann lächelnd sagen: Seht euch weg, Satanasse, damit wir uns legen können. Auf diese Weise hätten sie, durch den bloßen Austausch der Rollen, das Ministerpräsidium, das Innen- und das Handelsministerium in ihre Hände bekommen. Dann hätte von diesen entscheidenden politischen Verwaltungsstellen aus das große Reineinmachen unter den republikanischen Beamten Preußens begonnen. Oberpräsidenten, Regierungspräsidenten und Landräde wären sehr bald reihenweise vor ihren Stühlen herabgeschoben worden, und das alles wahrscheinlich unter der harmlosen Parole: Abbau der Beamtenschaft. Von Preußen und von Bayern wäre zuguterletzt das Reich in die Länge genommen worden, und alles, was in der Reichsregierung links von den Deutschnationalen gestanden hätte, wäre zusammengebrochen und zusammengequetscht worden, bis es aquiesziert hätte. Deutsche Volkspartei, Zentrum und Demokratie erkannten das laubere Spiel, das die Rechte mit ihnen vorhatte, und lehnten es ab, auf diesen Keim zu kriechen. Trotzdem versuchte Herr Stegerwald noch in den gelistigten Vormittagsstunden, abermals ein Ministerium zustande zu bringen, das die Etikette „überparteilich“ tragen sollte. Aber auch das mißlang erfruchtenerweise, und so verhielt sich der kleine schwarze Mann ebensowas, wie er aus der Verleitung aufgetaucht war, wieder in der Tiefe. Nun begann geräuschlos die Tätigkeit des Herrn Marx. Die Krise war etwas, das überwunden werden mußte. Und so mußte schnell und entschieden gehandelt werden.

Dr. Marx ist ein Rheinländer. Geboren wurde er vor fast 50 Jahren in Köln. Nach den juristischen Studien wandte er sich der Richterlaufbahn zu, wurde Referendar, Assessor, Untersuchungsrichter, Staatsanwalt, Landgerichtsrat und schließlich Oberlandesgerichtsrat in Düsseldorf. Von hier wurde er vor einigen Jahren als Senatspräsident an das Berliner Kammergericht berufen. Seine politische Karriere begann er als preussischer Landtagsabgeordneter 1899. Bis zur Revolution gehörte er dem Landtage ununterbrochen an. In den Reichstag kam er erst 1919. Sein besonderes Interesse galt den schulpolitischen Fragen. In Wort und Schrift hat er für die funktionelle Schule gekämpft, und noch jetzt können wir deutlich seine Spuren in dem Schulkompromiß der Weimarer Verfassung verfolgen. Eine Zeit-

Der Führer des Zentrums, der Reichstagsabgeordnete Dr. Marx, wurde gestern gegen Abend vom Reichspräsidenten zu einer Beratung gebeten. In dieser Konferenz erteilte Herr Ebert ihm den Auftrag zur Kabinetsbildung. Dr. Marx nahm den Auftrag an. Die Fraktionen hielten sich den Nachmittagsstunden völlig zurück, um Dr. Marx für seine Bemühungen freie Hand zu lassen. Die Demokraten waren die ersten, die einen formellen Beschluß herbeiführten, sich nicht an Koalitionsbesprechungen zu beteiligen, da es ausschließlich Aufgabe des Kanzlerkandidaten sei, sich sein Ministerium zusammenzustellen, dann vor das Parlament zu treten und um das Vertrauen zu bitten. Es ist anzunehmen, daß Dr. Marx sich in der Laufe auf die Bürgerliche Arbeitsgemeinschaft der Mitte stützen wird, und daß die Sozialdemokratie ihm gegenüber eine wohlwollende Neutralität einnehmen wird. Bestimmte Angaben hierüber sind aber zurzeit von den Sozialdemokraten nicht zu erhalten, da sie zum größten Teil auswärts weilen und erst Freitag nachmittag telegraphisch zu einer Fraktionsführung werden sind.

Im Laufe des gestrigen Abends wandte sich der mit der Kabinetsbildung beauftragte Zentrumsabgeordnete Dr. Marx an verschiedene Persönlichkeiten, um sie für das neue Kabinett zu gewinnen. Kurz nach 11 Uhr konnte man folgende vorläufige Ministerliste feststellen, die wahrscheinlich aber noch in den heutigen Vormittagsstunden einige Veränderungen erfahren wird. Mit diesem Vorbehalt geben wir die nachstehende Liste wieder:

- Reichszanler: Dr. Marx (Zentrum),
Reichszanler: Dr. Jares (Deutsche Volkspartei),
Leucheres: Dr. Strefemann (Deutsche Volkspartei),
Inneres: Dr. Ham (Deutsche demokratische Partei),
Finanzen: Dr. Luther (Deutsche Volkspartei),
Wirtschaft: Winow, der frühere Generaldirektor der Stinnes-Unternehmungen (Deutsche Volkspartei), hat aber inzwischen abgeteilt,
Arbeit: Dr. Brauns (Zentrum),
Ernährung: Dr. Schiele (Deutschnationale Volkspartei), erscheint noch fraglich,
Eisenbahn: Senrich, Generaldirektor der Deutschen Werke (parteilos), gleichfalls noch nicht bestimmt,
Post: Dr. Sölle (Zentrum),
Reichswehr: Dr. Gehler (Deutsche demokratische Partei),
Justiz: Dr. Emminger (Bayerische Volkspartei),
Besetzte Gebiete: Dr. Fuchs (Zentrum), möglicherweise wird dieses Ministerium aber nicht mehr besetzt, sondern von Dr. Sölle, einem Rheinpfälzer, mit versehen.
Wiederaufbau: bleibt unbekannt.
Der Reichszanler hofft, am heutigen Vormittag die Kabinetsbildung abschließen zu können.